

Der „antifaschistische Grundkonsens“ in Österreich Friends of Israel

Wenn Neo-Nazis, rechtsextreme Burschenschaften und FPÖ in Österreich ihr Unwesen treiben, dann gibt es hierzulande, abgesehen von den üblichen Verdächtigen (Antifa, Kultusgemeinde, Grüne, Migranten), nur wenig Widerspruch. Solange der FPÖ-Mob nach der Strache-Rede nicht zur Aktion schreitet, um das Abendland eigenhändig zu befreien und Neo-Nazi-Überfälle nicht alltäglich geworden sind, gilt *business as usual*. Als schließlich Überlebende des KZ-Terrors und Antifaschisten Anfang Mai 2009 ausgerechnet auf dem Gelände des ehemaligen KZ Ebensee von Neo-Nazis verhöhnt und angegriffen wurden, war es wieder einmal Zeit, Schadensbegrenzung zu üben und den „antifaschistischen Grundkonsens in Österreich“ (Eva Glawischnig/Grüne) zu beschwören.

Zuerst die obligatorischen Entschuldigungen und Betroffenheitsbekundungen: Der Bürgermeister von Ebensee, die sozialistischen Roten Falken, Politiker zeigen sich *entsetzt* und *betroffen*. Einer der jugendlichen Tatverdächtigen von Ebensee lässt einen Entschuldigungsbrief über seinen Anwalt veröffentlichen, in dem er von einem „Jugendstreich“ spricht. Ein Tourismusverband-Obmann spricht von einer „unglücklich formulierten Mail“, weil eine Tiroler Hotelbesitzerin via Mail erklärte, keine Juden in ihrem Hotel aufnehmen zu wollen. Die Klasse des Wiener Gymnasiums, deren Schüler in einer Gaskammer in Auschwitz die Opfer der Shoa verhöhnten, verfasste ein „Entschuldigungsschreiben“. Dann die sattsam bekannte Verteidigung gegen angeblich überzogene Vorwürfe: Der Bürgermeister kann gar nicht oft genug betonen, Ebensee werde „als Nazidorf geprügelt“. Die Lehrer der Wiener Klasse sprechen von „ungerechtfertigter Kollektivschuld“. Auf der Homepage der Gemeinde Ebensee heißt es, der „durch die Neo-Nazi-Störaktion entstandene Imageschaden für die Gemeinde müsse härteste Konsequenzen haben“(1). Der oberösterreichische Landeshauptmann Pühringer im unverwechselbaren Deutsch: „Ich lasse nicht zu, dass Oberösterreich als besonderes Nazi-Land da und dort hingestellt wird“(2). Auch die Grünen warnen vor der schlechten PR. Der Grüne NR Harald Walser wirft dem Parlament vor, es würde den internationalen „Ruf Österreichs“ schädigen, sollte es sich nicht entschieden von der FPÖ distanzieren und bekräftigt, die Grünen wären „in Sorge um das Ansehen dieses Landes“(3).

Es wäre jedoch falsch zu behaupten, alle Reaktionen in Österreich wären allein in Sorge um das Ansehen Österreichs im Ausland geschehen. Doch verbleiben diese in einem typischen ideologischen Muster verstrickt, dass hier skizziert werden soll. Exemplarisch dafür ist die eingangs erwähnte Behauptung Glawischnigs, die FPÖ würde einen „antifaschistischen Grundkonsens“(4) in Österreich verletzen. Teilweise wird dieser Konsens auch nur beschworen. Nach Laura Rudas von der SPÖ gibt es in Österreich eine Mehrheit, die „Antisemitismus und Hetze“(5) nicht zulässt. Gertraud Diendorfer vom Demokratiezentrum Wien fordert die Gesellschaft auf „Position“ zu beziehen sowie Rechtsextremismus und Antisemitismus eine Abfuhr zu erteilen.(6)

Gäbe es tatsächlich diesen beschworenen antifaschistischen Grundkonsens in Österreich, dann müsste jedoch eine offen antisemitische und rassistische Partei wie die FPÖ ein Schattendasein am Rande der Gesellschaft fristen. Tatsächlich ist diese

jedoch in Österreich eine etablierte und in weiten Teilen der Bevölkerung akzeptierte Massenpartei, um deren Gunst von der Politik gebuhlt wird. Entgegen der schönrednerischen Appelle haben große Teile der Bevölkerung und der politischen Entscheidungsträger keine fundamentalen Vorbehalte gegen die FPÖ und deren Gedankengut vorzubringen. Die Verbindungen der FPÖ zu Rechtsextremismus und Neo-Nazis sind seit Jahren allseits bekannt. Die Fotos, die FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache bei Wehrsportübungen zeigten, wurden in den österreichischen Medien wochenlang verbreitet. Tatsächlich kann man sich kaum noch einen Überblick verschaffen über die zahllosen Fälle, welche den offen rassistischen und antisemitischen Charakter der FPÖ und deren Parteiorganisationen (vor allem Ring Freiheitlicher Studenten, Ring Freiheitlicher Jugend) belegen. Zuletzt durfte der bekannte Neo-Nazi-Aktivist und Antisemit Walter Marinovic sogar im österreichischen Parlament auf Einladung der FPÖ referieren (8) und der dritte Nationalratspräsident, Mitglied der rechtsextremen Burschenschaft Olympia, Martin Graf hetzt gegen den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde Ariel Muzicant und bezeichnet diesen als „Ziehvater des antifaschistischen Linksterrorismus“ (9). In diesem Zusammenhang von der FPÖ zu fordern, sie müsse sich von Rechtsextremismus und Antisemitismus distanzieren, wie es dieser Tage immer wieder geschehen ist, ist skurril. Die FPÖ unterscheidet sich zweifellos von den klassischen rechtsextremen und neonazistischen Parteien im deutschsprachigen Raum, deren ideologische Borniertheit und offene NS-Nostalgie einer Modernisierung des Rechtsextremismus entgegensteht. Die FPÖ ist nichtsdestotrotz keine rechte Partei mit Verbindungen zum äußersten rechten Rand, sondern das erfolgreiche Projekt eines modernisierten Rechtsextremismus und Teil des 30%-breiten rechten *Randes* in Österreich.

Davon unberührt sprechen sich zumindest auf Landesebene (auf kommunaler Ebene ist eine Zusammenarbeit mit der FPÖ ohnehin Realität) am laufenden Band Politiker aus SPÖ und ÖVP für eine Zusammenarbeit mit der FPÖ aus oder wollen diese zumindest nicht ausschließen. Nur wenige Tage vor den Ereignissen in Ebensee erwärmte sich der Generalsekretär der ÖVP, Fritz Kaltenecker, für eine Zusammenarbeit mit der FPÖ in Wien (10). Dessen Haltung wurde von Wissenschaftsminister und Obmann der Wiener ÖVP Johannes Hahn in einem Interview mit der Presse bekräftigt(11). Bekannt sind auch die Äußerungen der Salzburger SPÖ-Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und des Landeschefs der oberösterreichischen SPÖ Erich Haider, welche sich gegen eine Politik der Ausgrenzung der FPÖ aussprachen. Auch der steirische SPÖ-Landehauptmann Voves erklärte noch vor wenigen Tagen die rechtsextreme Massenpartei schlicht zur „demokratisch legitimierten“ Partei, diese sei ein „ernst zu nehmender Gesprächspartner“.(12)

Wer vor diesem Hintergrund von einem „antifaschistischen Grundkonsens“ spricht, betreibt pure Augenauswischerei. Die faktische politische Legitimation des Rechtsextremismus ist freilich keineswegs allein Produkt der österreichischen Politiker, sondern selbst gesellschaftlich verankert. Die bloße Forderung nach Mobilisierung der Zivilgesellschaft und Aufklärungsarbeit ist naiv und unkritisch, wenn das zentrale Moment dieser Problematik aus politischen Gründen und aus Konformismus schlicht unterschlagen wird: Eine Mehrheit in der österreichischen Bevölkerung toleriert letztlich offensichtlich Rassismus, Antisemitismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Man könnte einiges an den Inhalten antifaschistischer Aufklärungsarbeit bzw. der Forschung zum Nationalsozialismus kritisieren. Auf keinen Fall kann man jedoch den Vorwurf erheben, es seien nicht genug Anstrengungen unternommen worden, Antisemitismus und Nationalsozialismus in der österreichischen Gesellschaft zu thematisieren. Es gibt heute eine Fülle von Aktivitäten, welche die gesamte Bandbreite des kulturellen Lebens umfassen (Internet, Büchereien, Veranstaltungen, Museen, Filme...) und umfangreiche Ressourcen, Wissen und Raum anzubieten, um sich mit diesen Themen auseinanderzusetzen. Doch, es „genügt nicht, daß der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muß sich selbst zum Gedanken drängen“(Karl Marx). Antisemitismus und Rassismus fallen in Österreich nicht auf fruchtbaren Boden, weil Aufklärungsarbeit einfach quantitativ zu wenig wäre, sondern deshalb weil beträchtliche Teile der österreichischen Bevölkerung ungeachtet aller Vernunft und historischer Erfahrung trotzig an diesem Wahn festhalten. Der spezifische Grad dieser Verhetzung, d.h. dessen Gewaltpotenzial ist kaum einzuschätzen, ist weder zu verharmlosen noch zu dramatisieren. Eine bevorstehende Machtergreifung durch den Rechtsextremismus in Österreich ist, ungeachtet Kärntner Zustände, auf absehbare Zeit kein realistisches Szenario. Eine signifikante Zunahme rechtsextremistischer Agitation und Gewalt im Zuge von Krise und FPÖ-Hetze sind es hingegen schon.

Maßgebliche Teile der Zivilgesellschaft wollen diese Zusammenhänge nicht erkennen und thematisieren. Die Konsequenz daraus ist eine seltsame und für Österreich bezeichnende Spaltung gesellschaftlicher Tätigkeit und Wahrnehmung. Es existiert einerseits eine medienwirksame und relativ aufgeklärte Minderheit, die dem Umfeld der akademischen Forschung bzw. der Zivilgesellschaft zuzurechnen ist und Antisemitismus (nicht jedoch dessen moderne Form, den Antizionismus!) und Nationalsozialismus tatsächlich ablehnt. Andererseits steht dieser Minderheit die Masse der Bevölkerung gegenüber, die kaum ein eigenständiges Interesse an einer kritischen Auseinandersetzung mit Shoa und Nationalsozialismus zeigt sowie an ihren zahlreichen alltäglichen revisionistischen und Schuld-abwehrenden Mythen festhält, die tief in der Gesellschaft verankert sind und oft historisch modifizierte Formen des Antisemitismus (sekundärer Antisemitismus) darstellen.

Tatsächlich bedingen und erhalten diese Pole einander. Ohne die konsequente Kritik an der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft und der damit unauflöslich verbundenen Verfasstheit der gegenwärtigen österreichischen Gesellschaft – *die* zentrale Ursache für die Verbreitung des Rechtsextremismus – bleibt die antifaschistische Aufklärungsarbeit abstrakt. Sie erschöpft sich in historischer Darstellung und moralischer Ermahnung. Viel Form und Erzählung, wenig Inhalt und Reflexion. Andererseits bleibt dieser konforme Antifaschismus allein deshalb gesellschaftlich legitim und entgeht damit einer Marginalisierung, die keineswegs umstandslos vorzuziehen wäre. Dem Ressentiment der Masse und der Politik der FPÖ arbeitet diese entschärfte Kritik wiederum in die Hände, weil sich diese letztlich dem Wohlwollen politischer Bündnispartner, dem Befinden des gesunden Volksempfindens und dem Beifall der Medien beugt und sich nicht an der Bekämpfung des Antisemitismus orientiert. Wenn FPÖ-Politiker sich laufend nachdrücklich von Antisemitismus distanzieren, dann kommt darin nicht allein die Verlogenheit dieser Partei zum Vorschein, sondern die viel schwerwiegendere Tatsache, dass eine Gesellschaft, die kaum Berührungängste zu diesem Gedankengut zeigt, kaum mehr Möglichkeiten bietet, nachhaltig und effektiv gegen

diesen Ungeist vorzugehen und es sich auf antifaschistische Phrasen mit ebenso beliebigen Lippenbekenntnissen kontern lässt.

Diesem konformen Antifaschismus entspricht zudem ein flexibler Antisemitismus und Rassismus, der bei Bedarf bereit ist, formelle Zugeständnisse zu machen. Im Wissen, wie sehr sich Gesellschaft und Medien von Phrasen und symbolischen Gesten beeindrucken lassen, schaffen diese den nötigen Raum, um die eigene Machtbasis weiter zu entfalten. Der massenwirksame Antisemitismus in Österreich äußert sich ohnehin eher in Andeutungen und Umschreibungen, denen der antisemitische Verschwörungs- und Verfolgungsmythos eher als strukturelles Motiv zugrunde liegt. Dessen explizite Formulierung wird den einschlägigen Kreisen überlassen. Der Erfolg des Modells FPÖ liegt nicht zuletzt darin, den klassischen Rechtsextremismus mit dem diffusen und ausbaufähigen Ressentiment der Bevölkerung erfolgreich verbunden zu haben und je nach Bedarf zwischen offenem Rechtsextremismus und wildem, aber ideologisch gedämpftem Populismus zu changieren. Die FPÖ kann der gegenwärtigen Aufregung gelassen entgegensehen, weil sie ungeachtet der Rede vom antifaschistischen Grundkonsens die Massen hinter sich weiß und ihre politischen Kritiker als zukünftige Verhandlungspartner erkennt, die um ihre Macht und Wählerschaft buhlen.

Die von allen Seiten geäußerte Sorge um das Ansehen Österreichs ist ein Zugeständnis an die paranoide und repressive Verfasstheit der Massen, deren Gunst man nicht verlieren will. Der darin verpackte Bezug auf Österreich verbürgt die ungebrochene Kontinuität eines vom Nationalsozialismus geprägten, zur pogrammmlosen zweiten Natur gewordenen österreichischen Selbstverständnisses. In guter Erinnerung ist noch der feige Rückzieher nach dem Regierungseintritt der FPÖ, als sich alle mit Blick auf die *Volksmeinung* von den EU-Sanktionen, die ohnehin nur symbolischen Charakter hatten, distanzieren. Österreich zuerst. Allein die Kritik an diese Form von *Gemeinschaftssinn* könnte jedoch erst überhaupt die Möglichkeit von Emanzipation und Aufarbeitung verschaffen. Die Entschuldigungsschreiben und -forderungen, die Ermahnungen nach Dialog und Aufklärung dagegen werden zur Farce, weil sie die Notwendigkeit einer inhaltlichen und politischen Konfrontation, die sich keineswegs allein auf die FPÖ beschränken dürfte, systematisch untergraben. Gefordert wäre nicht Konsens und Kalmierung, sondern Dissens und Konflikt, um die Normalität solcher Zustände zumindest zu stören. Anstatt den medialen Hype von *Skandalen* und *Eklat* unkritisch zu reproduzieren, gelte es die unspektakulären und *volksnahen* Formen des Ressentiments zu thematisieren.

Heute kassieren offen rassistische und antisemitische Parteien selbst in vergleichsweise ruhigen Zeiten in Österreich beinahe 30% der Wählerstimmen. Die Entwicklung von FPÖ und BZÖ in den letzten Jahren macht deutlich, dass hier nicht eine zeitlich begrenzte Verirrung, sondern eine gesellschaftlich tief verankerte Tendenz in der österreichischen Gesellschaft zum Ausdruck kommt. Wenn die FPÖ in ihrem Wahlkampf wiederholt die antisemitische Karte ausspielt, gegen Israel und die Israelitische Kultusgemeinde hetzt, paranoide Verschwörungsmythen von Finanzmafia und Überfremdung bedient, dann sind das keine ideologischen Marotten bornierter FPÖ-Funktionäre, sondern der Stoff, mit dem in Österreich Wahlen gewonnen werden.

Antisemitismus gilt hierzulande oft als durchschaute und überlebte Ideologie, der Nationalsozialismus als historische Epoche. Die Fakten wären allgemein bekannt und die verbrecherische Natur des NS-Regime wird als Selbstverständlichkeit behandelt. Beide Annahmen sind fahrlässig. Das Unverständnis und die Hilflosigkeit gegenüber den aktuellen Manifestationen dieses Wahns verweisen darauf. Die Massen stehen derlei Überlegungen freilich gleichgültig, wenn nicht feindlich gegenüber. Hinter vorgehaltener Hand flüstert man, dass man des Themas überdrüssig wäre und sich nicht mehr von den Juden vor den Karren spannen lassen wolle. Kritik und Aufklärung sind jedenfalls nur *gegen* diese und nicht mit dieser Gesellschaft zu leisten. Die FPÖ aber weiß um die Zerbrechlichkeit dieser antifaschistischen Fassade. Hier zeichnet sie sich, ungeachtet ihrer wahnhaften Weltanschauung, durch einen brutalen Realitätssinn aus. Der *antifaschistische Konsens* in Österreich bestand im Grunde aus der stummen Vereinbarung der moderaten und auch antifaschistischen Kräfte in Österreich, die antifaschistische Fassade aufrechtzuerhalten und den Blick hinter die Fassade auf die Konstitution der österreichischen Gesellschaft zu vermeiden. Im Gegenzug lernten Antisemiten und NS-Sympathisanten in Österreich ihre Einstellung vor der Öffentlichkeit zu verbergen und in Umschreibungen und Andeutungen zu sprechen. Diese friedliche Koexistenz zwischen Ressentiment und Diplomatie wurde von der FPÖ sukzessive aufgekündigt. „Tag der Abrechnung“.

Die Verhöhnung der Opfer der Shoa in den Gaskammern von Auschwitz und die inszenierte Bedrohung, um nicht zu sagen Ermordung von Antifaschisten und Überlebenden des KZ-Terrors in den Stollen des KZ Ebensee seien, so erfährt man, *Jugendstreiche*. Ob sich die Schüler und Jugendlichen der Tragweite ihrer Handlungen bewusst waren, spielt hier keine Rolle. Doch hinter diesen Erscheinungen, wie auch hinter dem Aufstieg der FPÖ, steht ein gesellschaftliches Klima, indem solche Äußerungen und Handlungen offensichtlich auf wenig Widerstand stoßen. Die Selbstzensur eines konformen und um Konsens bemühten Antifaschismus ist nicht allein einer subjektiven Einstellung zuzuschreiben, sondern reflektiert den Umstand der Marginalisierung, welche eine konsequente Kritik an Nationalsozialismus, Antisemitismus und der österreichischen Gesellschaft mit sich führen würde. Die „Kultur der Verharmlosung“ (Ariel Muzicant) betrifft tatsächlich nicht allein die Rechte, Politik und Medien, welche immer ganz genau wissen, dass antisemitische Äußerungen und Wahlerfolge rechtsextremistischer Parteien nichts mit Antisemitismus und Rassismus zu tun haben, sondern entspringt auch einer Resignation seitens der Antifaschisten. Wenn Besucher aus dem Ausland sich angesichts der hetzerischen Parolen der FPÖ empören, bleibt einem oft nur ein Achselzucken, angesichts der Aufklärungsresistenz der Österreicher und die Hoffnung, dass gefüllte Kühlschränke und Konten auch in Zukunft dafür Sorge tragen mögen, dass Hetze und Gewalt nicht noch weiter eskalieren und in Österreich nicht noch mehr und womöglich ernsthaftere Jugendstreiche ausgeheckt werden.

Anmerkungen:

- (1) <http://www.ebensee.at/public/modules.php?op=modload&name=News&file=article&sid=3547&mode=tread&order=0&thold=0>
- (2) <http://derstandard.at/?id=1242316224332>
- (3) <http://haraldwalser.twoday.net/stories/5712762/>; Günther Trübswasser von den oberösterreichischen Grünen zeigt sich „fassunglos“: „Nicht nur, dass die seinerzeitigen Opfer und deren Angehörige durch diese Provokation auf das Schlimmste beleidigt wurden, hat auch das Ansehen Österreichs vor den Augen der Weltöffentlichkeit erneut massiv Schaden genommen.“: http://ooe.gruene.at/demokratie_kontrolle/artikel/lesen/43766/
- (4) <http://www.gruene.at/skandale/artikel/lesen/44094/>
- (5) http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20090520_OT0325&ch=politik
- (6) <http://derstandard.at/?id=1241622644882>
- (7) http://derstandard.at/?url=/?ressort=ipoextrem%26_chron=t
- (8) <http://www.gruene.at/topstories/artikel/lesen/42767/>;
<http://www.gruene.at/uploads/media/Marinovic.pdf>
- (9) http://unzensuriert.at/uploads/nfz_0920.JPG
- (10) <http://diepresse.com/home/panorama/wien/472302/index.do>
- (11) <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/473689/print.do>
- (12) <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/449879/print.do>